



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 24881 - 33
Fernschreiber 0466890

XIII/26 - 31. Januar 1958

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 2	Neuaufgabe des schmutzigen Wahlkampfes ? Neue aussenpolitische Runden	60
3 - 4	Machtkampf um die Revision der Verfassung Grosse französische Verfassungsreform kommt kaum zustande	52
4 - 5	Sozialpolitische Flickarbeit der CDU Entlastung des Gewissens ?	47
6 - 7	Neue Massenmord-Waffen Was geht in der Bundesrepublik vor ?	40
8	Der Streit um die Stationierungskosten Auf der Suche nach einem Kompromiss?	48

* * * * *

Neuaufgabe des schmutzigen Wahlkampfes ?

FB- Die aussenpolitische Diskussion geht über Rundfunk und Fernsehen weiter. Die SPD begrüsst diesen Zustand nicht, denn eine solche Auseinandersetzung gehört ins Parlament und mit recht weist Erich Ollenhauer in seiner heutigen Rundfunkrede, die eine reine Abwehrmassnahme der Adenauer'schen Geschichtsklitterung ist, darauf hin, dass er dem Bundeskanzler lieber im Parlament geantwortet hätte. Aber damals schwieg der Bundeskanzler, so sagte Erich Ollenhauer, und heute ist er nicht mehr in Bonn.

Es wird mit dieser Rede nicht sein Bewenden haben. Dr. Mende wird sprechen und auch die CDU schärft, wie es heisst, ihre Munition. Sie wird zwar nicht im Rundfunk reden - was sollte sie auch sagen - nachdem der Bundeskanzler "es so gut gemacht habe". Aber sie will die Debatte im Februar über den Vertrag über die gegenseitige Verteidigungshilfe zum Anlass nehmen, um, so wird berichtet, in breiter Front die aussenpolitisch strittigen Fragen wieder aufzurollen. Der Opposition kann das nur recht sein, denn wenn die CDU/CSU sich eine zweite Abfuhr holen will, dann passt das völlig in das Konzept der SPD. Wie man technisch die Neuaufgabe der aussenpolitischen Debatte zustandebringen will, ist bis zur Stunde allerdings nicht klar ersichtlich. Dieser Vertrag statuiert in Grundsatz eine gegenseitige Beistandspflicht vor allem finanzieller Art der NATO-Staaten. Die Bundesrepublik aber will nicht zahlen, zumindest nicht in diesem Jahr. In einer solchen Situation den aussenpolitischen Weizen zum Blühen zu bringen, dürfte einigermassen schwer sein.

Darüber hinaus droht die CDU finster, dass sie die Diskussion offensiv führen werde, und sie kritisiert erneut die Atmosphäre und die Tendenz der Auseinandersetzung in der nächtlichen Redeschlacht im Bundestag. Nun, offensiv kann man nur dann werden, wenn man Mannschaften und vor allem Munition zur Verfügung hat. Die Bundestagsdebatte und die Rundfunkrede des Bundeskanzlers dürften bewiesen haben, dass hier nicht allzuviel vorhanden ist. Vielleicht wird es eine "Rundstädt-Offensive" in den Ardennen, die schnell und ruhmlos wieder zusammen-

bricht. Das muss geschehen, wenn die CDU/CSU bereit ist, in der Sache zu diskutieren. Nach allen Informationen, die vorliegen, hat sie aber ganz etwas anderes vor. Sie versteht unter "Offensive" offenbar eine Fortsetzung der Schmutzkampagne, wie sie sie im Wahlkampf 1957 geführt hat. Ausgerechnet die CDU/CSU glaubt jetzt, sich über Niveau und Atmosphäre beschweren zu müssen. Haben diese Partei und ihr Kanzler denn vergessen, was sie im Wahlkampf an Verdrehungen und Verleumdungen vorgebracht haben, wie sie Kübel und Kübel von Schmutz über die Opposition gegossen haben? Wenn aber dann auf der anderen Seite ihr nur die Wahrheit in sachlicher Form gesagt wird, dann reagiert sie als wenn sie ein zartes "Pflänzchen rühr mich nicht an" wäre.

Interessant ist auch, welche Schützenhilfe der Kanzlerpartei dabei geboten wird. Es war ausgerechnet der unstrittene Professor Goergen, der am Donnerstag-Abend in einer Mitgliederversammlung seiner Partei in Saarbrücken erklärte, man werde in Zukunft gegen die Opposition mit anderen Waffen als bisher vorgehen. Ausgerechnet ein Mann, der an der jahrelangen Tragödie der Saarpolitik ein gerüttelt Mass Schuld trägt, glaubt, sich entrüstet und moralisierend in die Brust werfen zu können. Gerade er müsste schweigen. Aber man kann manchmal an den Freunden erkennen, was die Sache selbst wert ist.

Die CDU/CSU soll sich deshalb sorgfältig überlegen, wie sie vorgehen will. Wünscht sie die sachliche Auseinandersetzung, nun, dann wird sie einen fairen aber harten und unerbittlichen Partner in der Opposition finden. Wünscht sie eine Neuauflage des schmutzigen Wahlkampfes von 1957, dann soll sie sich nicht einbilden, dass die Opposition sich nur auf die Abwehr beschränken und still halten wird.

+ + +

Machtkampf um die Revision der Verfassung

E. - Paris

Die grosse französische Verfassungsreform, allseits als dringend bezeichnet, um das Regime, die Regierungsstabilität und die Währung zu sichern, wird kaum zustande kommen. Diejenigen, die am stärksten danach gerufen haben, zeigen heute bereits wenig Neigung, die Reform zu überstürzen, weil ihre mit dieser Verfassungsänderung erhofften heimlichen Wünsche und Absichten kaum Aussicht haben, von einer qualifizierten parlamentarischen Mehrheit erfüllt zu werden. Der Kampf um die Revision der Verfassung von 1946 ist ein Machtkampf.

Das Scheitern der Bemühungen um die grosse Reform war vom ersten Tage an vorauszusehen. Es kommt vielen Reformern weit weniger darauf an, eine neue Staatsordnung zu schaffen, die gewissen Missständen und Unzulänglichkeiten des bisherigen Systems beseitigt, als durch zweckentsprechende verfassungsmässige Neukonstruktionen die Voraussetzungen zur Sicherung und zum Ausbau ihrer eigenen politischen Stellung zu schaffen.

Der Ruf nach Reformen ist in Frankreich keineswegs neu. In früheren Jahren ist die jetzige Verfassung bereits mehrfach abgeändert worden, ohne dass damit das erstrebte Ziel der Festigung des Staates und der Regierung erreicht worden wäre. Daraus ergibt sich, dass es wahrscheinlich nicht die schlecht und unzweckmässig konstruierte Verfassung ist, die Schuld trägt an den zahlreichen politischen Schwierigkeiten. Die politischen Sitten und Gewohnheiten müssten in erster Linie geändert werden, um zu der erstrebten Stabilisierung des politischen Willens in Frankreich zu kommen und der Staatsmaschine ein reibungsloses Funktionieren zum allgemeinen Besten zu ermöglichen. Diese Notwendigkeit wird von zahlreichen Parlamentariern durchaus anerkannt; schwierig erweist es sich lediglich, das Gros der Kräfte, die direkt oder indirekt Einfluss auf die politischen Entscheidungen nehmen, zu einer Änderung der Sitten zu bewegen.

An der Tatsache der Zersplitterung des politischen Willens kommt in Frankreich niemand vorbei. Das Vorhandensein einer Überzahl politischer Parteien und Vereinigungen, von denen die Mehrzahl weder eine Ideologie, noch ein präzises politisches Programm besitzt, das sich wesentlich von Programmen anderer Gruppen unterscheidet, ist einer der wichtigsten Gründe

für den in Frankreich bestehenden politischen Wirrwarr, der jede positive Entwicklung hemmt und die Konzentration auf die wichtigsten staatspolitischen Ziele verhindert. Deshalb erscheint es weit wesentlicher, erst einmal das Parteien-System zu revidieren und auf diesem Weg eine Stärkung der Regierungsstabilität, sowie der Regierungsautorität herbeizuführen und eine Wahlreform durchzuführen, die der politischen Willenszersplitterung ein Ende setzt und die Konzentration im Rahmen der grossen geistigen und politischen Strömungen ermöglichen würde.

Die grosse Revision der französischen Verfassung muss kommen. Sie wird sich keineswegs auf eine neue Abgrenzung der Rechte des Parlaments und der Regierung und auf die Beziehungen zwischen beiden beschränken können, sondern wird zu einer völligen Neuordnung des Verhältnisses zwischen Frankreich und den Ländern der Französischen Union führen müssen, wenn es nicht gerade auf diesem Gebiete eines Tages zu einem tragischen Schnitt kommen soll, den man unter allen Umständen vermeiden muss. Beobachtet man aber die derzeitigen Auseinandersetzungen über die Verfassungsprobleme, dann hat man den Eindruck, dass es weit weniger Fragen der Zweckmässigkeit für den Staat und die Allgemeinheit, als engstirnige partei-egiotistische Überlegungen sind, die die Masse der Reformisten bewegen. Das ist ein schlechtes Vorzeichen.

+ + +

Sozialpolitische Flickarbeit der CDU

nn. - Sozialpolitik soll, wenn man den jüngsten Artikeln und Veröffentlichungen der CDU/CSU Glauben schenken darf, in Zukunft ganz gross geschrieben werden. Dies wäre eine an sich begrüssenswerte Tatsache, wenn nicht die sozialpolitischen Ereignisse der letzten Wochen und Monate zu grosser Skepsis gegenüber solchen Verlautbarungen raten würde. Man ist geneigt anzunehmen, dass die CDU die bisherigen Konzeptionslosigkeit, die letztlich auf allen möglichen Teilgebieten in der Sozialpolitik zu Teillösungen führte, durch eine grossangelegte Presse-Propaganda vertuschen will.

In diesem Zusammenhang muss daran erinnert werden, dass es gerade die Grosse Anfrage der Sozialdemokratie war, die zur Beantwortung ansteht und sehr zum Missvergnügen der CDU/CSU die inzwischen bekanntgewordenen Mängel beispielsweise bei der Rentengesetzgebung des letzten Jahres aufgreift. Noch so schön zusammengetragene Statistiken über die effektive Auswirkung der durch die Rentengesetze beschlossenen Erhöhungen täuschen nicht darüber hinweg, dass Mängel über Mängel und Ungerechtigkeiten der jüngsten sozialpolitischen Gesetzgebung schnellstens zu beseitigen sind. Die Versuche der Regierungsparteien, das Anliegen der SPD in ein propagandistisches ummünzen zu wollen, sind von vornherein zum Scheitern verursacht. Es hilft nichts, wenn man wieder einmal erklärt, man müsse masshalten und auf die Produktivitätsentwicklung unserer Volkswirtschaft Rücksicht nehmen. Erst noch in der Regierungserklärung vom 20.10.1957 war das ursprüngliche Versprechen, eine umfassende Sozialreform durchführen zu wollen, dahingehend abgeändert worden, dass man nunmehr Folgerungen aus der veränderten gesellschaftlichen Struktur unseres Volkes ziehen soll. Wieder einmal wurde hierbei gegen den totalen Versorgungsstaat gewettert.

Durch das Verhalten der CDU/CSU sind die ersten Ansätze für eine grundlegende Reform auf sozialen Gebiete nicht genutzt worden, so dass sich heute wie etwa bei den beschlossenen Rentengesetzen höchstens Reste dieser Ansätze finden lassen. Entscheidende Ansätze zu einer neuzeitlichen Betrachtung etwa des Rentenproblems oder der sogenannten "Rehabilitation" und die Art, wie sie versucht wurde zu lösen, machen deutlich, wie wenig von grundsätzlicher Konzeption ausgegangen wurde. Man darf gespannt sein, in welcher Art die Bundesregierung bei der kommenden Debatte zu den durch die Anfrage der SPD aufgeworfenen Fragen Stellung nehmen wird. Man soll sich keiner Täuschung hingeben. Die Antwort der Bundesregierung müsste, wenn sie mehr als eine Beruhigung des eigenen Gewissens sein soll, auch darauf eingehen, was und in welcher Form man zu tun gedenkt, um angesichts der bitteren Erfahrungen der letzten Jahre nun doch noch einmal zu einer grundsätzlichen Konzeption vorstossen zu können. Materialien und Vorschläge sind genügend vorhanden. Es bedarf also nur des Handelns.

Neue Massenmord-Waffen

EKO - "Man muss befürchten", so erklärte Professor Walcher, der Marburger Kernphysiker und Mitunterzeichner des "Göttinger Manifests" dem Vertreter der SPD-Pressedienstes, "dass in der Bundesrepublik bereits an einer Plutonium-Bombe gearbeitet wird. Dabei könnte es sich um die Aggregate der Bombe, die Zünder und Sperrvorrichtungen, handeln. Offenbar will Frankreich im Zusammengehen mit der Bundesrepublik eine Kernwaffe entwickeln". Die Einlagerung von "kritischer Material", genauer gesagt, von "unterkritischem Material", kann, wie Professor Walcher bemerkte, nicht als "Bombe" gewertet werden. Denn dieses unterkritische Plutonium oder Uran 235 oder auch Thorium, bedarf, um "kritisch", das heisst, explosiv, zu werden, einer ganz bestimmten Anordnung und Grösse der beiden Halbkugeln, die erst nach ihrem Zusammenprall detonieren. Der Begriff "A-Bombe" müsste noch präzise ausgearbeitet werden, wenn Adenauer glaubhaft versichern will, dass in der Bundesrepublik keine nuklearen Waffen lagern. Es genügt durchaus, dass nur "unterkritische Werte" hier deponiert sind, die man sophistisch als harmlos bezeichnen oder deren Vorhandensein verschweigen kann. In jedem Fall würden sie für die ärmliche Bevölkerung unerhörte Gefahren heraufbeschwören. Damit verhält es sich schliesslich genau so wie mit den Verbänden von Wasserstoffbomben-Trägern des Strategischen Bomberkommandos der USA, die mit B 52-Maschinen über dem Gebiet der Bundesrepublik noch vor kurzen auf eine entsprechende Frage verlegen genug schweigen.

So ist es wiederum gerechtfertigt, die westdeutsche Bevölkerung über die Gefahren aufzuklären, die ihr unvorhersehbar und täglich durch den nuklearen Rüstungswahnsinn drohen, der selbst wesentlicher Bestandteil der Politik der Stärke des Kanzlers Adenauer ist. In den USA wurde durch das Verteidigungsministerium und die Atomic-Energy-Commission ein "Handbuch der Atomgefahren" publiziert, in dem vor allen Dingen eine Tatsache ausgesprochen wird, deren Bestand die Regierung Adenauer bisher auch leugnen wollte: "Es gibt gegen nukleare Waffen, selbst, wenn ganze Städte evakuiert würden, keinen verlässlichen Schutz. Vor allem gibt es keinen Schutz der Massen!"

Die Perfektionierung dieser Bomben hat unterdessen ungewöhnliche, der Bevölkerung in der Bundesrepublik bisher unbekannt, im höchsten Masse grauenhafte "Verfeinerungen" erfahren. Da sind zunächst die "Maulwurf-Bomben", eine letzte Errungenschaft der militärischen Forschung in den USA. Ein einziges solches Atombeschoss vermag eine Großstadt unter einer Stein- und Erdlawine zu begraben. Es bedarf dazu nur einer Megaton-Bombe - sie hat eine Sprengkraft von lediglich einer Million Tonnen Trinitrotoluol - die aus der Luft abgeworfen und achtzehn Meter tief in den Boden eindringt, um nach der Detonation einen Krater von 60 Meter Tiefe und 450 Meter Durchmesser aufzureissen, wobei zehn Millionen Tonnen radioaktiver Schutt hochgeworfen werden würde. Diese Säule muss sich - nach angestellten Versuchen in Nevada - 1,5 Kilometer hoch erheben, ehe sie als stark radioaktives Über-Monstrum zusammenstürzt und alles unter sich begraben würde.

Das ist eine, wie gesagt, die neueste Variation der "Fortentwicklung der Artillerie". So hatte sich doch Herr Adenauer in seiner berückichtigten Art der Simplifizierung einmal ausgedrückt. Eine andere, nicht weniger makabre Variation stellt die Unterwasser-Explosion einer A-Bombe dar. Sie benötigt nicht mehr als eine Sprengkraft von 100 000 Tonnen TNT, um nach der Explosion, etwa 1,5 Kilometer vom Herd der Detonation entfernt, eine Flutwelle von 60 Meter Höhe auszulösen und zugleich eine höchst gefährliche Wolke aus radioaktiven Wasserpartikeln zu bilden. Eine solche Bombe würde Hamburg beispielsweise auf schwerste Weise verwüsten, diese Millionenstadt im Sinne des Wortes "ausradieren", um mit Herrn Strauss zu sprechen, der ja einmal die Sowjetunion "ausradieren" wollte.

Aber diese beiden nuklearen Bombe-Kreationen sind nur ein Anfang dessen, was weiter ersonnen worden ist. Eine A-Bombe schafft den Strahlentod, aber zugleich auch den Hitzetod und den Tod durch die Luftdruckwellen. Das sind sozusagen bereits konventionelle Todesarten kurz vor Beginn des nächsten Jahrtausends. Dazu haben nun die Massenanordnungs-Techniker eine besondere Nuance von Teufelei ersonnen. Sie sind darauf gekommen, die Flutombombe noch mit Giftgasen auszustatten, die also durch jeden Spalt dringen und die Gefahrenstrecken der Bombenwirkung unerhört erweitern würden. Solche Geschosse lassen sich gleichfalls im Sinne einer Fortentwicklung der Artillerie verwenden. - Wahrhaftig, es soll der Menschheit nichts erspart bleiben!

Der Streit um die Stationierungskosten

sp- Seit dem Abschluss der Verträge, die die Bundesrepublik in das militärische Verteidigungssystem des Westens einbezogen, wiederholt sich stets das gleiche Schauspiel: Die früheren Besatzungsmächte und heutigen Verbündeten verlangen von Jahr zu Jahr immer wieder die Zahlung von Stationierungskosten, obwohl die Verträge selbst dazu keine rechtliche Handhabe bieten. Diesmal nimmt der Streit besonders unerfreuliche Formen an, da die Briten drohen, noch weitere 5 000 Mann von ihren in der Bundesrepublik stationierten Truppen abzuziehen, wenn die Bundesrepublik der britischen Forderung in der Höhe von 600 Millionen Mark nicht Genüge tue. Der britische Minister Lord Mancroft erinnerte in diesem Zusammenhang daran, der Geist der Patenschaft in der westlichen Allianz würde möglicherweise auf eine wirkliche Probe gestellt werden, und im Falle einer nicht zufriedenstellenden Regelung werde dann "eine sehr ernste Lage" eintreten. Das ist gewiss nicht die Sprache, die unter Verbündeten üblich ist.

Frankreich folgt dem britischen Beispiel, obgleich auf deutschem Boden nicht eine einzige kampffähige französische Division steht - was Frankreich an militärischer Kampfkraft besitzt, wird durch den Krieg in Algerien reichlich in Anspruch genommen. Paris besteht auf eine Zahlung von 200 Millionen Mark, eine Summe, die es in den vergangenen Jahren erhalten hatte. Von den Vereinigten Staaten liegen noch keine Ansprüche vor, aber es wurde noch kein Verzicht ausgesprochen. Nach den Erfahrungen der vergangenen Jahre dürften die USA in dem Rennen um deutsche Mark nicht zurückstehen. Insgesamt handelt es sich um eine Summe in der Größenordnung von über eine Milliarde DM. Bundesverteidigungsminister Strauss wehrt sich mit vielen guten Gründen gegen die Zahlung solcher Stationierungskosten, da sie auf Kosten des Aufbaues der Bundeswehr geleistet werden müssten. Wenn schon gewährt werden soll, dann - so meint Strauss - sollte diese Summe aus dem Etat des Außenministeriums genommen werden - für den deutschen Steuerzahler gewisse keine tröstliche Vereinerung.

Mit dem Verlangen nach Leistung von Stationierungskosten bekunden die westlichen Alliierten den Sonderstatus der Bundesrepublik, den man ganz rechtlich als Diskriminierung bezeichnen kann. Kein Land der NATO-Allianz zahlt Unterhaltskosten für die auf seinem Boden stationierten fremden Truppen, die Bundesrepublik ausgenommen. Schon aus Gründen des Selbstrespektes können es Franzosen und Briten so, den Aufenthalt amerikanischer Truppen mit Ironie und Pfund zu bezahlen, den Amerikanern würde es auch nicht einfallen, ein solches Ansinnen an Grossbritannien oder Frankreich zu stellen. Nur mit der Bundesrepublik glaubt man anders verfahren zu können.

Der Generalsekretär der NATO, Spaak, hat sich nun zum Wochenende vorgenommen, den noch vorhandenen Bonner Widerstand zu brechen. Wie ernst dieser Widerstand zu nehmen ist, dürfte sich recht bald zeigen. Die Vorleistungen der Bundesregierung in den vergangenen Jahren dürften für die Westalliierten allerdings Anlass sein, auf ihren Forderungen, denen von britischer Seite geradezu ein ultimativer Charakter zukommt, zu beharren. Man kann die Bundesregierung nur davor warnen, in diesem Jahr stens zu verfahren, denn jede Zahlung von Stationierungskosten verringert die Mittel, die sie für andere Zwecke - man denke nur an die Verkehrsbedürfnisse und an die Berlin-Hilfe - dringender benötigen.

+ + +